

Bauma, 9. Dezember 2002

KR-Nr. 350/2002

POSTULAT von Peter Good (SVP, Bauma)

betreffend Kostenloser Anspruch auf eine Identitätskarte oder einen Reisepass im Sinn des „Service Public“

Der Regierungsrat wird eingeladen, die in Aussicht gestellte „Verordnung über den Schweizer Pass und die Identitätskarte“ dahingehend zu ändern, dass jede gemeldete Bürgerin und jeder Bürger unabhängig des Alters im Kanton Zürich auf Verlangen hin einen Reisepass oder eine Identitätskarte ohne Kostenfolge ausgestellt bekommt (Neu- und Ersatzausstellungen auf Ende der Gültigkeitsdauer). Für zweite respektive verlorene Pässe und Identitätskarten können Gebühren erhoben werden.

Peter Good

Begründung:

In nächster Zeit kommen neue Pässe zur Abgabe an die Bevölkerung. Neu soll die Gültigkeitsdauer der Pässe verdoppelt werden. Die Kosten pro Reisepass belaufen sich auf 120 Franken für Erwachsene und 55 Franken für Kinder. Für die Identitätskarte haben Erwachsene 65, Kinder 30 Franken zu bezahlen. Dazu kommen fünf Franken pro Person und Ausweis für Portokosten.

Mit diesen Gebührenansätzen wird eine Verdoppelung erreicht, ohne dass ein höherer Aufwand für die Ausstellung der Ausweise nachgewiesen werden könnte. Zudem werden in den neuen Pässen keine Kindereinträge mehr vorgenommen, was zu einer weiteren Verteuerung für die Familien führt. Damit will die Behörde bei der Ausstellung der Ausweispapiere eine über 100-prozentige Steigerung der Einnahmen erzielen.

Die neue Verordnung ist ein eindrückliches und treffendes Beispiel dafür, was die Verwaltung unter „Service Public“ versteht. Die Kostensteigerung ist wohl alleine durch die doppelte Gültigkeitsdauer der Ausweise nicht zu rechtfertigen. Vielmehr muss an diesem Beispiel einmal mehr festgestellt werden, dass die Gebühren dazu benutzt werden, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Damit erfüllt diese Gebührenerhöhung wohl den Tatbestand versteckter Steuern.

Dazu kommt, dass die Bürgerinnen und Bürger auch im Verkehr mit den Behörden immer mehr in Situationen gelangen, in denen sie sich verlässlich und zweifelsfrei ausweisen müssen. Allein aus dieser Tatsache lässt sich ableiten, dass die Ausstellung dieser amtlichen, persönlichen Ausweispapiere für die Bürgerinnen und Bürger ohne Kosten erfolgen muss.

Zudem würde die Behörde ihren Bürgerinnen und Bürgern mit dieser Geste auf sympathische Art und Weise aufzeigen, was sie - hier im Kleinen - unter moderner Kundenorientierung („Service Public“) versteht.

Wieder aufgenommenener Vorstoss.

Ursprüngliche Einreicher: Bruno Dobler (SVP, Lufingen) und Peter Good (SVP, Bauma)